

Leipziger Tageblatt

Abend-Ausgabe

Handels-Zeitung

und
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes
der Stadt Leipzig

108. Jahrgang

Bezugspreise: für Leipzig und Vorort durch unsere Träger monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., halbjährlich 8.50 M., jährlich 16.50 M., bei Vorabzahlung 15.00 M. für ein Jahr. Fernsprechanzeige monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., halbjährlich 8.50 M., jährlich 16.50 M. Das Leipziger Tageblatt erscheint wöchentlich 2mal, Sonn- u. Feiertage 1mal. In Leipzig, den Bezugsstellen und den Orten mit eigenen Filialen wird die Abendausgabe noch am Abend des Erscheinens ins Haus geliefert. Berliner Redaktion: In den Zeiten 17, Fernsprech-Anschluss: No. 497.

Anzeigenpreise: für Leipzig und Umgebung die 5spaltige Zeile 25 Pf., die 4spaltige 20 Pf., die 3spaltige 15 Pf., die 2spaltige 10 Pf., die 1spaltige 5 Pf. In den Provinzen und im Ausland die 5spaltige Zeile 30 Pf., die 4spaltige 25 Pf., die 3spaltige 20 Pf., die 2spaltige 15 Pf., die 1spaltige 10 Pf. Bei längerer Dauer und bei besonderen Umständen Abmachungen. Fernsprechanzeige monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., halbjährlich 8.50 M., jährlich 16.50 M. Das Leipziger Tageblatt erscheint wöchentlich 2mal, Sonn- u. Feiertage 1mal. In Leipzig, den Bezugsstellen und den Orten mit eigenen Filialen wird die Abendausgabe noch am Abend des Erscheinens ins Haus geliefert. Berliner Redaktion: In den Zeiten 17, Fernsprech-Anschluss: No. 497.

Nr. 80.

Freitag, den 13. Februar.

1914.

Das Wichtigste.

* Die Erste Kammer verabschiedete einige Staatskapitel. (Z. Ber.)

* Die Zweite Kammer erledigte am Freitag Eisenbahnangelegenheiten. (Z. Ber.)

* Der frühere Ministerpräsident Gorenstin, Mitglied des Reichsrats, ist zum russischen Ministerpräsidenten ernannt worden.

* In Schweden gelang es noch nicht, ein neues Ministerium zu bilden. Im ganzen Lande herrscht große Erregung. (Z. Leitartikel.)

Der Verfassungskampf in Schweden.

Stockholm, 17. Februar. (Drahtmeldung.) Die Landesvereidigungsausschüsse haben infolge des Rücktritts des Ministeriums Staaff ihre Arbeiten eingestellt. Die letzten Tage kam es an verschiedenen Orten zu großen Ausschreitungen. Die Schwedischen wurden verhaftet, die Garde zum Ausrücken fertig. Ein Gerücht von einem Anschlag auf den König verursachte große Erregung, stellte sich aber als falsch heraus. Die Republikaner und Sozialisten geben ein neues Blatt heraus. Staaff und seine Ministerkollegen werden die Führung der Liberalen im Wahlkampf übernehmen.

Was sich in den jüngsten Tagen in Schweden vollzog, ist einer jener unersetzlichen Fälle, wie sie in konstitutionellen Staaten mit monarchischer Spitze leicht eintreten, ja zeitweilig fast unvermeidlich sind. Die Staatsrechtler finden da jedesmal lehrreichen Stoff zu Betrachtungen über die Frage der Machtverteilung zwischen Krone und Volkvertretung. Der vorliegende Fall ist aber besonders schwierig zu beurteilen, weil die Sache nicht so liegt, wie es oft vorzukommen pflegt: daß der König etwas durchzusetzen wünscht, was die Volkvertretung im Einverständnis mit dem Volke nicht will. Der König beansprucht dem Ministerium Staaff gegenüber, wie es heißt, eigentlich nichts weiter, als seine Meinung über die Notwendigkeit einer verstärkten Verteidigungsorganisation äußern zu dürfen, so wie er sie tatsächlich beim Empfang der 30 000 Bauern aus dem Lande im Schlosshof zu Stockholm ausgesprochen hat. Er wußte ja, daß die Bauern gerade diese Meinung von ihm hören wollten. War er nicht berechtigt

sich zu sagen, daß ein so außergewöhnliches Ereignis: das Auftreten der Bauernschaft für eine harte Wehrmacht zu Wasser und zu Lande, die Befähigung ihrer Enkeltöchter zur Tragung der Lasten und Kosten — seine persönliche Meinung, die mit der ihren übereinstimmt, geradezu herausfordere? Und doch: das Ministerium war zweifellos aus Grund der Verfassung im Recht, als es die Rede des Königs als eine Regierungshandlung aufnahm, die nicht ohne vorherige Verständigung mit den beauftragten Beratern hätte erfolgen dürfen und die in diesem Falle erst recht hätte erfolgen müssen, weil das Ministerium Staaff über die weitere parlamentarische Behandlung der Sache mit dem König nicht einig war. König Gustav hat der Regierung mit seiner Forderung, daß die Frage der Landesverteidigung noch in diesem Jahre erledigt werden müsse, vorgegriffen, und geschick das in der besten Absicht, so hat er doch den Zwiespalt herbeigeführt. Das Ministerium Staaff mußte geben. Es wird vielleicht nur ein Geschäftsministerium zustandekommen. Im Lande löst der Kampf der Parteien, und man streitet nicht bloß über die Sache des Heeres, was zur Stärkung gut sein mag, sondern streitet für oder wider den König, was nicht gut ist. Die sehr starke sozialistische Partei wird aus diesem Streite für sich so viel heraus schlagen, als nur immer möglich ist.

Wir haben im Januar vorigen Jahres eine Abhandlung über die politischen Ansichten Schwedens an dieser Stelle wiedergegeben, die darauf hinwies, daß Schweden kaum gut fahren werde, wenn es sich allzulebte auf seine neutrale Stellung verlasse; es sei Zeit, auf die Meinung Sven Hedin's über die russische Gefahr und den Rat von Pontus Fahlstedt, des schwedischen Rechtslehrers, zu hören, der den Anschlag an den Dreißig und dringend empfahl. Von der schwedischen Presse wurde dieser Gedanke abgewiesen oder gar, weil von deutscher Seite bestimmt, als ein Versuch Deutschlands, die schwedische Politik zu beeinflussen, verächtlich. Nun, und heute? Zwar wird der Anschlag an den Dreißig noch immer wie ein schändliches Gewand behandelt; man geht schon darum herum; aber so hoch im Augenblick die Woge der nationalen Begeisterung geht — in Stockholm scheint sie bei den konservativen Parteigängern zum Laufen auszuarten — die Bemühungen im Lande lagen sich doch, daß der König kein Heer aus dem Boden stampfen, keine Flotte aus dem Kermel schütten kann, die einem Angriff Russlands auch nur einigermaßen gewachsen wären. Die Notentende, die man vor einiger Zeit im Lande sammelte, ergab 12 Millionen Kronen. Das war ein Zeichen guten Willens, aber es ist ganz selbstverständlich, daß man die Landesverteidigung, wie sie der König und seine Anhänger wollen, nur aus dem Wege einer stark zugreifenden Besteuerung schaffen kann. Doch selbst wenn diese gegen den Ansturm der Sozialdemokratie, der sich jetzt infolge der Vorgänge

vom 6. Februar eine bürgerliche Republikanerpatriet anzuschließen scheint, durchzugehen gelänge; an die launige Regierung, ob liberal oder konservativ, wird die schwere Entscheidung über die Stellung Schwedens zu den Großmächten bald genug herantreten. Der Vergleich mit der neutralen Schweiz paßt nicht. Die Schweiz ist von keiner Seite bedroht; in Schweden besteht aber — der merkwürdige Bauernzug nach Stockholm beweist es — kein Zweifel über den Gegner, mit dem man zu rechnen hat. Es ist dabei ganz unerwartet, wie man die Absichten Russlands zu erklären vermag; ob man sie auf den dunklen Drang des russischen Reiches nach Ausdehnung der Grenzen zurückführt, oder ob man darin den ganz bestimmten Plan sieht, die ganze Ostsee als russisches Gewässer zu beschlagnehmen. Die Drohungen der russischen Presse gegen den schwedischen Nachbar, die von der russischen Regierung betriebene ausgedehnte Spionage, die Probemobilisierung an der Grenze — über all dies mögen sich die Sozialisten hinwegsetzen oder diese Dinge etwa als unbedeutende meteorologische Erscheinungen abtun. Eine verantwortliche Regierung kann das nicht.

Wie oft belamen wir in geschichtlichen Betrachtungen zu lesen, Schweden sei etwa mit dem Jahre 1815 aus der Reihe der Mächte, die für die Zukunft Europas in Betracht kämen, ausgeschieden. Eine jener Behauptungen, die so lange richtig bleiben, bis — es anders kommt. Wer möchte es heute für ausgeschlossen halten, daß Schweden einmal angeht der russischen Pläne berufen sein wird, in unfernen Norden eine berufene Rolle zu spielen? Wie es sie spielen wird, wird abhängen von seiner eigenen Politik, von der Macht, die es selbst in die Wagschale wirft. Ein langer innerer Zwist ist jedenfalls nicht das Mittel, ihm eine gute Zukunft zu sichern.

Es sind heute noch folgende Drahtmeldungen einzuzeichnen:

Stockholm, 13. Februar. Nachdem die Geer nach seinem ersten fruchtlosen Versuche, ein liberales Ministerium zu bilden, geüht erneut den Auftrag erhalten hatte, abzuwarten, bis er sich zu entscheiden, hatte König Gustav vier Liberale zu einer Beratung geladen, in der Hoffnung, sie durch persönliche Einwirkung für die Übernahme von Ministerposten zu bewegen. Die Abgeordneten haben jedoch sämtlich den Wunsch des Königs abgelehnt und erklärt, daß sie als Liberale nicht in ein Ministerium der Geer eintreten könnten. Freiherr de Geer leit die Unterhandlungen fort.

Stockholm, 13. Februar. Die demokratischen Blätter führen eine scharfe Sprache gegen den König. Sie verlangen, daß er, wenn er die Krone behalten wolle, unbedingt Gewährung gebe, gegen die Wiederholung verfassungswidriger Eingriffe. Weiter fordern sie die Auflösung des Reichstages und Neuwahlen. (Der Reichstag ist erst drei Wochen zusammengetreten.) Für den Sonntag sind große Volkskundgebungen geplant.

Politische Uebersicht

Eine Kulturkampfsdebatte im Freiburger Stadtparlament.

Auf der Tagesordnung der letzten Stadtkonferenz in Freiburg stand die Wahl des Schulausschusses. Zu dessen Mitgliedern hatte bisher der konservative Landtagsabgeordnete Landgerichtsrat Dr. Kängler gehört. Wegen seiner hinreichend bekannten jesuitenfreundlichen Rede in Chemnitz hielten es die liberale Kreise Freiburgs für notwendig, daß dieser Vertreter der „gemeinamen christlichen Weltanschauung“ (Kängler siehe Dtsch. Tagztg.) nicht wieder in den Schulausschuss gewählt wurde. Ihre Vorkämpfer im Stadtparlament, besonders die Stadtkonferenzleiter Dr. Schaller und Kühle, legten in trefflicher Weise die Gründe dar, die gegen eine Wiederwahl Dr. Känglers in dem Schulausschuss sprachen, aber Dr. Kängler verteidigte sich und seine Jesuitenrede unter dem Vorwand der konservativen Mehrheit des Stadtkonferenzkollegiums. Er stellte u. a. nach dem Bericht Freiburger Blätter die reichlich fühne Behauptung auf, „man dürfe heute alles mit Kot bewerfen, man könne Arbeit und Mühe sein, wenn man aber zwischen den staatsverhaltenden Elementen zum Frieden rede, so sehe man sich den schlimmsten Anfeindungen aus.“ Das sagt Dr. Kängler in einem Lande wie Sachsen mit Bezug auf den Ultramontanismus zu sagen! Obwohl der konservative Landesverein seinerzeit von den argen Entgehnungen Känglers abgerückt war, hat sich trotzdem die konservative Mehrheit der Freiburger Stadtkonferenz für die Wiederwahl Dr. Känglers in den evangelischen Schulausschuss entschieden. Dort wird er nun wirken zum Besten der „gemeinamen christlichen Weltanschauung“...

Kanzler und Preußenbund.

Wir haben bereits in der heutigen Morgennummer den Widerhall der Kanzlerrede beim Festmahl des Deutschen Landwirtschaftsrats und besonders seiner deutlichen Dilettante an den Preußenbund in den Mänteln der Rechtsparteien kurz gekennzeichnet, müssen aber noch einmal kurz auf die Bemerkungen der „Dtsch. Tagztg.“ zurückkommen. Sie hatte geschrieben, „man würde eine so starke Harmlosigkeit markieren, wenn man nicht erkennen wollte, daß der Herr Reichskanzler mit diesen seinen Auslassungen über die schlimme Sünde des Partikularismus. D. Red.“ auf den Preußenbund gezielt hat. „Über trotz seiner begründeten Abneigung gegen „so stark“ Harmlosigkeit ist das Berliner Bundesorgan harmlos genug, Glauben an die Mangelhaftigkeit des Reichs über die anstößige Kanzlerrede zu bekunden; nicht demerzt zu haben, daß der Freitagstag den Partikularismus aufreichte; nicht zu wissen, weshalb der Kanzler die Gefahr staatlischer Absonderung an die Wand malte; nicht zu verstehen, weshalb er gerade im Deutschen Landwirtschaftsrats diese Gefahr in solcher Weise behandelte.“

Wer sich der rednerischen Leistungen erinnert, die für den Verlauf des Freitagstages charakteristisch

Schenkung eines kostbaren Papyrusfundes an die königlichen Kunstsammlungen durch den Kaiser.

Wieder einmal verbandt die deutsche Wissenschaft dem hochherzigen und warmen Interesse des Kaisers eine kostbare Spende, die für die königlichen Kunstsammlungen eine Zier und für die Geschichtswelt geradezu eine Fundgrube darstellt.

Es handelt sich dabei um Papyrusrollen, wie sie in solch glänzender Erhaltung, in solchem Umfang und von solcher Bedeutung bisher kaum aufgefunden sind. Die Berliner Papyrusammlung darf sich damit eines Besten rühmen, wie er in solchem Wert seit langen Jahren keinem anderen Museum zuteil geworden ist. Die Schenkung des Kaisers besteht aus acht Papyrusrollen in griechischer Sprache, die zunächst durch ihre geradezu verblüffende gute Erhaltung auffallen. Sie stammen aus einem verfallenen Dorfe Theadelphia in der mittellägypischen Landschaft Faïyum.

Neben eingehenden Aufzeichnungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Dorfes enthalten uns die Rollen ganz neue, bisher noch im Dunkel liegende Vorgänge aus dem geschichtlichen Werden des griechisch-römischen Rechts. Mit Recht haben die „Antiken Berichte aus den königl. Sammlungen“ hervor, man könne ohne Übertreibung sagen, daß es „unter den Tausenden von Urkunden, die wir Ägypten verdanken, nur ganz wenige, vielleicht kaum eine gibt, die an Bedeutung und Geschlossenheit des Inhalts sich den neun Tänden an die Seite stellen kann“.

Während sieben dieser Rollen vielleicht nur einen engeren Kreis von Fachgelehrten interessieren werden, verdient es eine Rolle, der Allgemeinheit näher gebracht zu werden, da ihr Inhalt ihr eine weit über den engen Fachhorizont reichende Bedeutung jenseit. Diese Rolle läßt uns zum ersten Male Bilde tun in einen Vorgang, dessen Wirkung wir noch heute zum Teil verspüren, nämlich in die Festlegung des römischen Rechts. In zahllosen Bestimmungen dieser Rolle wird uns das Erbrecht des Staates und das rechtliche Verhältnis der Nationalitäten in Ägypten zu einander enthüllt, über das man bisher sehr im unklaren war. Das völlig Neue und besonders Wertvolle

dieser Papyrusrolle liegt darin, daß sie in Ägypten in griechischer Gewand reines römisches Recht enthält. Höchst interessant sind einzelne Bestimmungen der Rolle, die mit echt römischer Konsequenz das Erbrecht des Fiskus zur Durchführung bringen. Gleich zu Anfang heißt es da: „Das Vermögen derer, die ohne Testament sterben und sonst keinen gesetzlichen Erben haben, wird dem Fiskus zugewiesen.“

Auch die anderen Bestimmungen der Rolle atmen denselben Geist. Besonders scharf wird durch die Rolle die Rationalitätspolitik der Römer in Ägypten beleuchtet. Wir sehen, wie die Römer zwischen sich und allen anderen Ägypten bewohnenden Stämmen, selbst den Griechen, eine unüberwindliche Scheidewand errichteten. Eine Welt zwischen sich und alle anderen Völker zu legen, das war ja die ganze Staatsweisheit der Römer, dieser ersten Imperialis, mit der sie den ganzen Erdkreis beherrschten. Die Papyrusrolle der Berliner Sammlung gibt uns erst jetzt dafür ein volles Verständnis. Angesichts der Bedeutung der Kaiserlichen Schenkung steht bereits eine wissenschaftliche Publikation in naher Aussicht.

Kunst und Wissenschaft.

„Parfial“ in Halle. Aus Halle a. S. wird uns in Ergänzung unseres telegraphischen Berichts geschrieben: Nachdem das Stadtverordnetenkollegium in Halle dem Direktor des Stadttheaters, dem Geh. Hofrat Max Richards, eine Subvention zu der „Parfial“-Aufführung nicht bewilligte und zwar mit der Begründung, daß eine Aufführung des „Parfial“ in Halle doch nicht der Würde des Bühnenweihfestspiels entsprechen würde, hat sich das Stadttheater unter Aufbietung aller seiner Kräfte an die Vorbereitungen zu den „Parfial“-Aufführungen gemacht. Man kündigte vier Festvorstellungen mit auswärtigen Kräften an und im Au waren trotz der enorm hohen Preise familiäre Vorstellungen ausverkauft. Die erste dieser Festvorstellungen fand Mittwoch, den 11. Februar, statt. Es war dies die erste Aufführung des Werkes in Mitteldeutschland überhaupt. Die Proben hatten nicht weniger als 5 Kapellmeister und 2 Regisseure geleitet. Das Orchester war durch Mitglieder des Altenburger Hoftheaters verstärkt. Die Dekorationen stammten von Professor Hans Adam-Dellau. Die Aufführung selbst dirigierte der erste Kapellmeister des

Hallischen Stadttheaters Hermann Hans Wehler. Regie führte Oberregisseur Theo Kapfen, der seit langen Jahren einer der maßgebenden Regisseure des Bayreuth ist. Die Hauptrollen sangen Walter Kirchhoff-Berlin (Parfial), Walter Soomer-Dresden (Amfortas), Martha Kessler-Burkard-Berlin (Kundry), Kammerjäger Franz Schwarz-Halle (Gurnemanz), die Aufführung übertraf die frühesten Erwartungen; es wurde, namentlich dank der heroischen Leistung Wehlers, eine vollkommene Harmonie von Dichtung, Musik, Bühne und Akrobatik erreicht. Eine erstaunliche Leistung hat insbesondere Kammerjäger Schwarz, der so hervorragende Leistungen in der Stimme hervorbrachte, daß er wohl in nächster Zeit auch zu auswärtigen Aufführungen berufen werden dürfte.

„Trene Trieb“ wurde von dem Schriftsteller- und Journalistenverein „Concordia“ in Wien eingeladen, dort im März einen „Strindberg-Abend“ zu veranstalten. Die Künstlerin wird vieler Einladung Folge leisten.

Herbert Eulenberg im Berliner Königl. Schauspielhaus. Im Königl. Schauspielhaus in Berlin wird als eine der nächsten Kostitäten Herbert Eulenberg „Alles um Liebe“ vorbereiten. Nach Strindbergs „Schwarzschwäne“, weiß und Lohr Schwindts neuem Stück „Die Venus mit dem Papagei“ zieht nun mit Herbert Eulenberg der dritte moderne Dichter in das Königl. Schauspielhaus ein.

Klara Renner, das Ehrenmitglied des Berliner Königl. Schauspielhauses, das mit Ablauf der vergangenen Spielzeit seine ruhmreiche Laufbahn abgeschlossen hat, wird nun doch wieder auf der Bühne, auf der sie über ein Vierteljahrhundert wirkte, auftreten. Generalintendant Graf von Hülsen-Dahlers hat Klara Renner eingeladen, in der Neueinführung von Gustav Kadelburgs Lustspiel „Der Familientag“ mitzumachen, und die Künstlerin wird dieser Einladung Folge leisten.

Das neue Drama von Gerhart Hauptmann „Der Bogen des Odysseus“ ist loeben in Buchform (geheftet 3. M., gebunden 4. M.) bei E. Fehler, Verlag, Berlin, erschienen.

Der Nachfolger Professor Widmark's. Professor Dr. Paul hat, wie uns aus Bremen telegraphisch gemeldet wird, die ihm angebotene Nachfolgerschaft des verstorbenen Professors Wich-

mar als Direktor der Hamburger Kunsthalle angenommen. Alle Bemühungen seiner hiesigen Freunde, ihn für Bremen zu erhalten, sind gescheitert.

Die Wieland-Ausgabe der Berliner Akademie der Wissenschaften. Der Tod Erich Schmid's, des bisherigen Leiters der Wieland-Ausgabe, hat einige Störungen in dem großen Unternehmen verursacht. Die Leitung hat zunächst Bernhard Seuffert in G. r. a. übernommen, der der Deutschen Kommission der Berliner Akademie der Wissenschaften als außerordentliches Mitglied angehört. Erich Schmid hatte die Wieland-Ausgabe nicht nur ins Leben gerufen und organisiert, sondern Bogen für Bogen in selbstloser Treue überwacht. Wenn jetzt Seuffert für seinen Freund in die Lücke tritt, Seuffert, der durch seine in den Abhandlungen der Akademie erschienenen „Prolegomena“ die solide Grundlage des großen Werkes gelegt hat, so kann die Zukunft der Ausgabe als gesichert gelten.

Aus der Gelehrtenwelt. Der ordentliche Honorarprofessor und Direktor des Zoologischen Museums an der Berliner Universität, Dr. August Brauer, ist zum ordentlichen Professor ernannt worden. Prof. Brauer, der erst kürzlich einen Ruf nach Bonn als Nachfolger von Geh. Rat Prof. Ludwig abgelehnt hat, war früher in Marburg tätig. 1906 wurde er a. o. Professor und Direktor des Zoologischen Museums in Berlin als Nachfolger von Prof. Karl Möbius.

Geh. Oberregierungsrat Hans Lütz, der Konrektor der Kunstgewerbeschule, vollendet heute sein 60. Lebensjahr. Lütz, der sich um die preußische Denkmalpflege große Verdienste erworben hat, stammt aus Rausang in Pommern, hat die Architektenlehre begonnen und von 1887 ab in Breslau gewirkt, wozu als Lehrer an der Kunstakademie, dann daneben als Provinzialkonservator Schlesien. Als solcher hat er das Denkmal der lebendigen Beherrschende Verzeichnis der Kunstdenkmäler der Provinz Schlesien, das seitdem für alle solche Denkmalinventuren vorbildlich geworden ist. 1901 wurde er ins Kultusministerium berufen und Konrektor der Kunstgewerbeschule von ganz Preußen. Mit seinen Veröffentlichungen ist er für die Erforschung und Verbreitung volkstümlicher Bauweise in hervorragendem Maße tätig. Geheimrat Lütz ist ordentliches Mitglied der Akademie des Bauwesens.